

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	6
A. Arbeitsvertragsrecht.....	19
1. Die Begründung des Arbeitsverhältnisses.....	19
2. Versetzung des Arbeitnehmers.....	23
2.1. Individual-arbeitsrechtlicher Versetzungsbegriff	23
2.2. Weisungsrecht des Arbeitgebers und Versetzungsberechtigung	25
2.3. Versetzung und Änderungskündigung (Grenzen der Versetzungsbefugnis)	35
2.3.1. Begriff der Änderungskündigung	35
2.3.2. Fristgerechte Änderungskündigung	39
2.3.3. Fristlose Änderungskündigung	41
2.3.4. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Vorrang der Änderungs- kündigung vor einer Beendigungskündigung	41
2.3.5. Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitnehmers bei einer Änderungskündigung	43
2.3.6. Muster einer Änderungskündigung	45
2.3.7. Überflüssige Änderungskündigung	46
3. Sonderfall: Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz.....	47
B. Die Beteiligungsrechte des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz (Übersicht)	50
1. Einordnung der Mitwirkungsrechte des Betriebsrats in das System der Beteiligungsrechte im Betriebsverfassungsgesetz	51
2. Die Beteiligungsrechte des Betriebsrats vor einer Einstellung bzw. Versetzung	54
2.1. Die innerbetriebliche Stellenausschreibung (§ 93 BetrVG).....	56
2.1.1. Die innerbetriebliche Stellenausschreibung bei Einsatz	58
von Leiharbeitnehmern.....	
2.2. Auswahlrichtlinien (§ 95 Abs. 1 und 2 BetrVG).....	61
2.3. Personalfragebogen (§ 94 Abs. 1 BetrVG)	64
2.4. Allgemeine Beurteilungsgrundsätze (§ 94 Abs. 2 BetrVG)	67
3. Zweck der betriebsverfassungsrechtlichen Beteiligungsrechte des Betriebsrats	70
4. Durchsetzung von Beteiligungsrechten des Betriebsrats	71
4.1. Das arbeitsgerichtliche Beschlussverfahren zur Sicherung der Beteiligungsrechte des Betriebsrats	72
4.2. Die Einigungsstelle zur innerbetrieblichen Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten des Betriebsrats	73

Inhaltsverzeichnis

5.	Hinweise zur rechtlichen Lösung betrieblicher Konflikte	75
5.1.	Individual-arbeitsrechtliche Fragestellung	77
5.2.	Kollektive Fragestellung	77
C.	Die Beteiligung des Betriebsrats bei personellen Einzelmaßnahmen (§§ 99 – 101 BetrVG)	80
1.	Voraussetzungen der Geltung des § 99 BetrVG	80
1.1.	In der Regel Beschäftigte	80
1.2.	Wahlberechtigte Arbeitnehmer	81
1.3.	Wahlberechtigte ohne Arbeitsvertrag mit dem Unternehmer	81
1.4.	Mindesteinsatz bei Arbeitnehmern aus fremden Unternehmen	82
1.5.	Arbeitnehmer im Außendienst, Telearbeitnehmer	83
1.6.	Veränderungen während der Amtszeit des Betriebsrats	83
1.7.	Kleinbetriebe	84
2.	Die Gegenstände der Beteiligung des Betriebsrats	84
2.1.	Übersicht	84
2.2.	Begriff der Einstellung	85
2.2.1.	Einsatz von Leiharbeitnehmern	94
2.3.	Begriff der Versetzung (§ 95 Abs. 3 Satz 1 BetrVG)	98
2.4.	Beispiele aus der Rechtsprechung zum Begriff der Versetzung	107
2.5.	Eingruppierung – Umgruppierung	114
2.5.1.	Eingruppierung	115
2.5.2.	Umgruppierung	121
2.6.	Verschwiegenheitspflicht des Betriebsrats	124
3.	Verfahrensabschnitt I:	
	Einleitung des Beteiligungsverfahrens durch den Arbeitgeber (§ 99 Abs. 1 BetrVG)	126
3.1.	Zeitpunkt der Beteiligung	127
3.1.1.	Grundsätze	127
3.1.2.	Eilfälle	128
3.2.	Form der Beteiligung des Betriebsrats	128
3.3.	Umfang der Unterrichts- und Vorlagepflichten des Arbeitgebers	129
3.3.1.	Übersicht	130
3.3.2.	Unterrichtung über konkrete Einstellungs- bzw. Versetzungsabsicht	132
3.3.3.	Vorlage der Bewerbungsunterlagen	133
3.3.4.	Auskunft über die Person der Beteiligten	136
3.3.5.	Auskunft über die Auswirkungen der geplanten Einstellung/ Versetzung und den vorgesehenen Arbeitsplatz	139
3.3.6.	Vorlage von Unterlagen über die Auswirkungen der Einstellung/Versetzung	140

3.3.7.	Auskunft über die Eingruppierung.....	140
3.3.8.	Besonderheiten bei der Versetzung	141
3.3.9.	Vorstellungsgespräch.....	144
3.4.	Doppelte Beteiligung des Betriebsrats bei Versetzung mit Änderungskündigung (§§ 99, 102 BetrVG).....	144
3.4.1.	Problemstellung	144
3.4.2.	Zuständiges Gremium.....	147
3.4.3.	Änderungskündigung	149
3.5.	Sonderfälle	150
3.5.1.	Einstellung und Versetzung eines leitenden Angestellten (§ 105 BetrVG).....	150
3.5.1.1.	Übersicht.....	150
3.5.1.2.	Umfang der Informationspflicht.....	151
3.5.1.3.	Verletzung der Informationspflicht	154
3.5.2.	Einsatz von Arbeitnehmern auf Grund eines Werkvertrages.....	154
3.5.3.	Einstellung und Versetzung während des Arbeitskampfes	156
3.5.4.	Personelle Einzelmaßnahmen in Tendenzbetrieben.....	158
3.6.	Formularmuster für die Unterrichtung des Betriebsrats nach § 99 Abs. 1 BetrVG (Einstellung)	162
4.	Verfahrensabschnitt II:	
	Zuständigkeit des Betriebsrats (§ 99 Abs. 2 und 3 BetrVG).....	164
4.1.	Zuständiges Gremium.....	165
4.1.1.	Grundsätze.....	165
4.1.2.	Die betriebsübergreifende Versetzung (innerhalb eines Unternehmens).....	169
4.1.3.	Die betriebsübergreifende Versetzung eines betriebsverfassungs- rechtlichen Mandatsträgers (§ 103 Abs. 3 BetrVG).....	174
4.2.	Die Stellungnahme des Betriebsrats.....	175
4.3.	Form und Frist der Zustimmungsverweigerung bei Einstellung bzw. Versetzung.....	178
4.3.1.	Form	178
4.3.2.	Frist	180
4.3.3.	Hinweis auf Mängel durch den Betriebsrat.....	183
4.3.4.	Formular für die Stellungnahme des Betriebsrats nach § 99 BetrVG	187
4.3.5.	Beispiel einer Stellungnahme des Betriebsrats.....	189
4.4.	Die einzelnen Zustimmungsverweigerungsgründe nach § 99 Abs. 2 BetrVG.....	190
4.4.1.	Verstoß gegen Gesetze oder andere Normen (§ 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG)	190
4.4.1.1.	Einstellung	190

Inhaltsverzeichnis

4.4.1.2.	Versetzung.....	203
4.4.1.3.	Ein- und Umgruppierung.....	206
4.4.2.	Verstoß gegen eine Auswahlrichtlinie nach § 95 BetrVG (§ 99 Abs. 2 Nr. 2 BetrVG).....	212
4.4.2.1.	Einstellung.....	212
4.4.2.2.	Versetzung.....	216
4.4.3.	Besorgnis der Kündigung oder Benachteiligung anderer Arbeitnehmer des Betriebes (§ 99 Abs. 2 Nr. 3 BetrVG).....	216
4.4.3.1.	Einstellung.....	216
4.4.3.2.	Versetzung.....	227
4.4.4.	Die Besorgnis der Benachteiligung des betroffenen Arbeitnehmers (§ 99 Abs. 2 Nr. 4 BetrVG).....	229
4.4.4.1.	Einstellung.....	229
4.4.4.2.	Versetzung.....	231
4.4.5.	Unterlassene innerbetriebliche Stellenausschreibung nach § 93 BetrVG (§ 99 Abs. 2 Nr. 5 BetrVG).....	235
4.4.5.1.	Einstellung.....	235
4.4.5.2.	Versetzung.....	244
4.4.6.	Besorgnis der Störung des Betriebsfriedens (§ 99 Abs. 2 Nr. 6 BetrVG).....	245
4.4.6.1.	Einstellung.....	245
4.4.6.2.	Versetzung.....	250
4.5.	Weitere Beispiele für Begründungen einer Zustimmungs- verweigerung.....	251
4.6.	Folgen von Mängeln bei der Beteiligung des Betriebs- rats im Rahmen des § 99 BetrVG.....	258
4.6.1.	Übersicht.....	258
4.6.2.	Mängel im Verfahrensabschnitt I (§ 99 Abs. 1 BetrVG).....	259
4.6.3.	Hinweis für Verhalten bei vermeintlich unzureichender Unterrichtung des Betriebsrats.....	265
4.6.4.	Besonderheiten bei Fehlern im Zusammenhang mit einer Ein- oder Umgruppierung.....	267
4.6.4.1.	Meinungsverschiedenheiten über die Qualifizierung als AT-Angestellter.....	270
4.6.5.	Mängel im Verfahrensabschnitt II (§ 99 Abs. 2 und 3 BetrVG).....	272
4.7.	Rechtliche Folgen der Zustimmungsverweigerung.....	274
4.7.1.	Übersicht.....	274
4.7.2.	Einstellung.....	276
4.7.3.	Versetzung.....	279
4.7.4.	Ein- und Umgruppierung.....	282

5.	Verfahrensabschnitt III:	
	Die Ersetzung der Zustimmung durch das Arbeitsgericht	
	(§ 99 Abs. 4 BetrVG)	283
6.	Die vorläufige Einstellung oder Versetzung (§ 100 BetrVG)	291
6.1.	Übersicht	291
6.2.	Beteiligung des Betriebsrats bei vorläufigen personellen Maßnahmen (§ 100 Abs. 2 BetrVG)	294
6.3.	Die gerichtliche Entscheidung (§ 100 Abs. 3 BetrVG)	300
7.	Gerichtliche Aufhebung einer Einstellung oder Versetzung	
	(§ 101 BetrVG)	304
7.1.	Übersicht	304
7.2.	Das arbeitsgerichtliche Verfahren zur Aufhebung der Einstellung bzw. Versetzung (§ 101 Satz 1 BetrVG)	305
7.3.	Zwangsgeldverfahren (§ 101 Satz 2 BetrVG)	309
8.	Darlegungs- und Beweislast im arbeitsgerichtlichen	
	Beschlussverfahren	311
8.1.	Grundsätze des arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahrens	311
8.2.	Antrag auf Ersetzung der Zustimmung (§ 99 Abs. 4 BetrVG)	312
8.3.	Antrag auf Feststellung der Dringlichkeit der vorläufigen personellen Maßnahme (§ 100 Abs. 2 Satz 3 BetrVG)	314
D.	Die betriebsverfassungsrechtliche Beteiligung des Betriebsrats	
	vor Ausspruch einer Kündigung	315
1.	Verfahrensabschnitt I (§ 102 Abs. 1 BetrVG)	316
1.1.	Allgemeine Grundsätze	318
1.1.1.	Auswirkungen der fehlerhaften Anhörung des Betriebsrats auf die Wirksamkeit der Kündigung	320
1.1.2.	Zeitpunkt der Anhörung	322
1.1.2.1.	Abbruch des Anhörungsverfahrens	330
1.2.	Umfang der Unterrichtungspflichten des Arbeitgebers nach § 102 Abs. 1 Satz 2 BetrVG	332
1.2.1.	Kündigungsabsicht	335
1.2.2.	Person des Arbeitnehmers	336
1.2.3.	Art der Kündigung	341
1.2.3.1.	Anhörung zur außerordentlichen, hilfsweise ordentlichen Kündigung	344
1.2.4.	Kündigungstermin/Kündigungsfrist	345
1.2.4.1.	Anhörung zur außerordentlichen Kündigung eines „unkündbaren“ Arbeitnehmers	349
1.2.5.	Kündigungsgründe	352
1.2.5.1.	Allgemeine Grundsätze	352
1.2.5.2.	Unterlassene Mitteilung von dem Betriebsrat bekannten Gründen	357

Inhaltsverzeichnis

1.2.5.3.	Kündigung innerhalb der ersten sechs Monate (Probezeit) außerhalb des Geltungsbereichs des Kündigungsschutzgesetzes	359
1.2.5.4.	Nachschieben von Kündigungsgründen	368
1.2.5.5.	Fallenlassen mitgeteilter Kündigungsgründe	370
1.2.6.	Aufforderung zur Stellungnahme	370
1.2.7.	Formular zur Betriebsratsanhörung bei einer Kündigung	372
1.3.	Inhalt der Unterrichtung bei den verschiedenen Kündigungsgründen ...	373
1.3.1.	Außerordentliche Kündigung	374
1.3.2.	Personenbedingte Kündigung (z. B. wegen Krankheit).....	381
1.3.2.1.	Arbeitsunfähigkeit auf nicht absehbare Dauer	386
1.3.2.2.	Dauerndes Unvermögen, die vertragliche Arbeitspflicht zu erfüllen.....	390
1.3.2.3.	Krankheitsbedingte Minderung der Leistungsfähigkeit.....	391
1.3.2.4.	Besorgnis weiterer häufiger Kurzerkrankungen	392
1.3.2.5.	Beispiel für die Unterrichtung des Betriebsrats bei häufigen Kurzerkrankungen	398
1.3.3.	Verhaltensbedingte Kündigung.....	401
1.3.3.1.	Abmahnung	404
1.3.3.2.	Beispiel für die Unterrichtung des Betriebsrats zur verhaltens- bedingten Kündigung wegen ständigen Zuspätkommens	407
1.3.4.	Betriebsbedingte Kündigung	408
1.3.4.1.	Allgemeine Grundsätze	413
1.3.4.2.	Sozialauswahl.....	420
1.3.4.2.1.	In die soziale Auswahl einzubeziehende Arbeitnehmer	422
1.3.4.2.2.	Die Auswahlkriterien für die Sozialauswahl	429
1.3.4.2.2.1.	Die einzelnen Grunddaten.....	430
1.3.4.2.2.2.	Das Verhältnis der Sozialdaten zueinander	436
1.3.4.2.3.	Abweichen von der Auswahl nach sozialen Kriterien	437
1.3.4.2.3.1.	Herausnahme von „Leistungsträgern“	438
1.3.4.2.3.2.	Beibehaltung der Personalstruktur	444
1.3.4.2.3.3.	Auswahlrichtlinien	447
1.3.4.2.3.4.	Interessenausgleich und Namensliste	453
1.3.4.2.4.	Beweislast für die richtige soziale Auswahl.....	466
1.3.4.2.5.	Schaubild: Sozialauswahl bei betriebsbedingter Kündigung (§ 1 Abs. 3 – 5 KSchG)	468
1.3.4.3.	Unterrichtung des Betriebsrats vor betriebsbedingter Beendigungskündigung.....	469
1.3.4.3.1.	Beispiel: Betriebsbedingte Kündigung wegen Auftragsrückgangs	473
1.3.5.	Änderungskündigung.....	474
1.4.	Eilfälle	480

1.5.	Prozessuale Fragen: Darlegungs- und Beweislast im Prozess zur ordnungsgemäßen Anhörung des Betriebsrats	481
1.5.1.	Muster eines gerichtlichen Auflagenbeschlusses zur Betriebsratsanhörung.....	486
2.	Verfahrensabschnitt II:	
	Zuständigkeitsbereich des Betriebsrats	487
2.1.	Zuständiges Gremium.....	489
2.1.1.	Betriebsrat.....	490
2.1.2.	Einköpfiger Betriebsrat.....	492
2.1.3.	Betriebsausschuss (§ 27 BetrVG)	492
2.1.4.	Personalausschuss (§ 28 BetrVG).....	493
2.1.5.	Betriebsrat im Urlaub	494
2.1.6.	Während des Arbeitskampfes	496
2.2.	Die Stellungnahme des Betriebsrats.....	496
2.2.1.	Allgemeine Grundsätze	496
2.2.2.	Fristen für die Stellungnahme des Betriebsrats	499
2.2.2.1.	Außerordentliche Kündigung.....	499
2.2.2.2.	Ordentliche Kündigung	501
2.2.2.3.	Außerordentliche, hilfsweise ordentliche Kündigung	504
2.2.3.	Stellungnahme zur außerordentlichen Kündigung	506
2.2.3.1.	Zustimmung	508
2.2.3.2.	Schweigen.....	508
2.2.3.3.	Bedenken	509
2.2.3.4.	Ausdrückliches Absehen von Stellungnahme.....	510
2.2.4.	Stellungnahme zur ordentlichen Kündigung	512
2.2.4.1.	Zustimmung	512
2.2.4.2.	Schweigen.....	513
2.2.4.3.	Bedenken	514
2.2.4.4.	Widerspruch	515
2.2.5.	Form des Widerspruchs gegen eine fristgerechte Kündigung.....	517
2.2.6.	Die einzelnen Widerspruchsgründe nach § 102 Abs. 3 BetrVG.....	518
2.2.6.1.	Verstoß gegen soziale Gesichtspunkte bei der Auswahl	519
2.2.6.2.	Verstoß gegen eine Auswahlrichtlinie.....	521
2.2.6.3.	Versetzungsmöglichkeit	524
2.2.6.4.	Weiterbeschäftigung nach Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen.....	530
2.2.6.5.	Weiterbeschäftigung bei veränderten Vertragsbedingungen	533
2.2.7.	Stellungnahme des Betriebsrats zu einer Änderungskündigung	535
2.2.7.1.	Außerordentliche Änderungskündigung.....	535

Inhaltsverzeichnis

2.2.7.2.	Ordentliche Änderungskündigung.....	537
2.3.	Anhörung des betroffenen Arbeitnehmers durch den Betriebsrat	538
2.4.	Schweigepflicht des Betriebsrats.....	540
2.5.	Musterformular für eine Stellungnahme des Betriebs- rats zur Kündigung	541
2.6.	Beispiele für Widerspruchsgründe nach § 102 Abs. 3 BetrVG	554
2.6.1.	Personenbedingte Kündigung wegen häufiger krankheits- bedingter Fehlzeiten.....	554
2.6.2.	Verhaltensbedingte Kündigung wegen ständigen Zuspätkommens.....	556
2.6.3.	Betriebsbedingte Kündigung wegen Auftragsrückganges	556
2.7.	Beispiel für die Stellungnahme (Widerspruch) zu einer Änderungskündigung	559
2.8.	Beispiel für die Stellungnahme (Bedenken) zu einer außerordent- lichen, hilfsweise einer ordentlichen Kündigung (Widerspruch).....	560
3.	Folgen von Mängeln im Anhörungsverfahren	561
3.1.	Übersicht	561
3.2.	Mängel im Verfahrensabschnitt I.....	562
3.3.	Mängel im Verfahrensabschnitt II	563
4.	Der Weiterbeschäftigungsanspruch	565
4.1.	Übersicht	565
4.1.1.	Weiterbeschäftigungsanspruch nach § 102 Abs. 5 BetrVG	565
4.1.2.	Weiterbeschäftigungsanspruch nach offensichtlich unwirksamer Kündigung auch ohne Widerspruch des Betriebsrats	566
4.1.3.	Weiterbeschäftigung nach gerichtlicher Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung	566
4.2.	Voraussetzungen des Weiterbeschäftigungsanspruchs nach § 102 Abs. 5 BetrVG.....	568
4.2.1.	Weiterbeschäftigungsanspruch nur nach ordentlicher (fristgerechter) Kündigung	569
4.2.2.	Weiterbeschäftigungsanspruch nur nach frist- und ordnungsgemäßigem Widerspruch des Betriebsrats	570
4.2.3.	Weiterbeschäftigungsanspruch nur nach Erhebung einer Kündigungsschutzklage	575
4.2.4.	Weiterbeschäftigungsanspruch nur bei entsprechendem V erlangen des Arbeitnehmers	576
4.2.5.	Weiterbeschäftigung zu unveränderten Arbeitsbedingungen	576
4.2.6.	Gerichtliche Durchsetzung des Anspruchs auf Weiterbeschäftigung	578
4.2.7.	Weiterbeschäftigungsanspruch und Folgekündigung.....	579
4.3.	Befreiung von der Weiterbeschäftigungspflicht (§ 102 Abs. 5 Satz 2 BetrVG).....	581
4.3.1.	Fehlende Erfolgsaussicht der Kündigungsschutzklage	583

4.3.2.	Unzumutbare wirtschaftliche Belastung des Arbeitgebers	585
4.3.3.	Offensichtliche Unbegründetheit des Widerspruchs	588
4.3.4.	Unmöglichkeit der Weiterbeschäftigung	590
4.4.	Der Weiterbeschäftigungsanspruch nach § 102 Abs. 5 BetrVG im Prozess.....	591
4.4.1.	Antrag des Arbeitgebers auf Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht.....	592
4.4.2.	Antrag des Arbeitnehmers auf Weiterbeschäftigung	595
5.	Der allgemeine Weiterbeschäftigungsanspruch außerhalb des BetrVG	596
5.1.	Grundsätze der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	596
5.2.	Übersicht: der vorläufige Weiterbeschäftigungsanspruch des gekündigten Arbeitnehmers	598
6.	Erweiterung der Mitbestimmungsrechte durch Betriebsvereinbarung (§ 102 Abs. 6 BetrVG)	599
7.	Besonderheiten bei der Kündigung von Mitgliedern der Betriebsverfassungsorgane (§ 15 KSchG, § 103 BetrVG)	602
7.1.	Allgemeines	602
7.2.	Beginn und Ende des besonderen Kündigungsschutzes	608
7.2.1.	Wahlvorstandsmitglied	608
7.2.2.	Wahlbewerber	609
7.2.3.	Betriebsratsmitglieder	613
7.2.4.	Ersatzmitglieder.....	614
7.3.	Das Zustimmungsverfahren (§ 103 Abs. 1 BetrVG)	618
7.3.1.	Gründe für eine außerordentliche Kündigung	619
7.3.2.	Ausschlussfrist des § 626 Abs. 2 BGB	624
7.4.	Die gerichtliche Ersetzung der verweigeren Zustimmung (§ 103 Abs. 2 BetrVG).....	626
7.5.	Kündigungsschutzklage trotz Zustimmung zur Kündigung nach § 103 BetrVG.....	635
7.6.	Wahrnehmung der betriebsverfassungsrechtlichen Funktionen im Zusammenhang mit einer Kündigung	638
7.6.1.	Beschäftigungspflicht während des Zustimmungsverfahrens	639
7.6.2.	Wahrnehmung der betriebsverfassungsrechtlichen Funktionen während des Zustimmungsverfahrens	640
7.6.3.	Beschäftigungspflicht nach Zugang der Kündigung.....	640
7.6.4.	Wahrnehmung der betriebsverfassungsrechtlichen Funktionen nach Ausspruch der Kündigung.....	641
7.7.	Nachwirkender Kündigungsschutz	642
7.7.1.	Betriebsratsmitglieder	643

Inhaltsverzeichnis

7.7.2.	Wahlvorstandsmitglieder, Wahlbewerber	645
7.7.3.	Ersatzmitglieder.....	646
7.8.	Versetzung in anderen Betrieb; Änderungskündigung.....	647
7.8.1.	Versetzung in einen anderen Betrieb (§ 103 Abs. 3 BetrVG).....	647
7.8.2.	Änderungskündigung	648
7.9.	Betriebs- und Abteilungsstilllegung	650
7.9.1.	Betriebsstilllegung	650
7.9.2.	Stilllegung einer Betriebsabteilung.....	654
7.10.	Übersicht: Der besondere Kündigungsschutz von Mitgliedern der Betriebsverfassungsorgane	659
8.	Kündigung auf Verlangen des Betriebsrats (§ 104 BetrVG).....	660
9.	Die Beteiligung des Betriebsrats nach § 3 KSchG	663
E.	Betriebsrat und Aufhebungsvertrag	664
F.	Betriebsrat und Betriebsänderung (Personalreduzierung).....	669
1.	Voraussetzungen einer Betriebsänderung	669
1.1.	Größe des Unternehmens	669
1.2.	Wesentliche Nachteile für die Arbeitnehmer	670
1.3.	Erheblicher Teil der Belegschaft.....	671
2.	Aus dem Katalog der Tatbestände einer Betriebsänderung i.S.d. § 111 Satz 3 Nrn. 1 – 5 BetrVG	673
2.1.	Einschränkung des Betriebes	673
2.2.	Personalreduzierung als Betriebsänderung	674
2.3.	Personalreduzierung als Betriebsänderung ohne Sozialplanpflicht (§ 112a BetrVG).....	676
2.4.	Inhalt des Beteiligungsrechts des Betriebsrats (§§ 111 – 113 BetrVG)	677
2.5.	Schaubilder zu wirtschaftlichen Angelegenheiten	682
G.	Betriebsrat und anzeigepflichtige Entlassungen (Massenentlassung)	684
1.	Auskunfts- und Beratungspflichten.....	687
2.	Anzeige an die Agentur für Arbeit (AfA).....	689
3.	Rechtliche Schritte vor Massenentlassung (Überblick).....	691
	Literaturverzeichnis	694
	Stichwortverzeichnis	695